



Abb.1: Magnus-Haus Berlin, Am Kupfergraben, Ansicht von der Straße. Das Haus benannt nach dem Physiker Heinrich Gustav Magnus, der im 19. Jahrhundert hier forschte und lehrte. Gründungsort der Deutschen Physikalischen Gesellschaft 1848. Nach Entwurf von Georg Wenzeslaus von Knobelsdorff 1753 errichtet. Foto: Wolfgang Bittner, Landesdenkmalamt Berlin.

Friedrich Dieckmann

Denkmalschutz und Stadtpolitik

Anmerkungen zum 25. Jahrestag des Förderprogramms Städtebaulicher Denkmalschutz

Wohin wir blicken in den Städten des östlichen Deutschlands: der städtebauliche Denkmalschutz in der Form, wie er seit fünfundzwanzig Jahren im Blick auf die Chancen und Anforderungen in diesen Ländern auf Bundesebene eine entscheidende Förderung erfährt, hat im Verbund mit kommunalen und bürgerschaftlichen Kräften Leistungen vollbracht, die ein Ruhmesblatt deutscher und damit europäischer Kultur bilden; ein Weltkulturerbe ist bewahrt und zukunftstüchtig gemacht worden. Dabei ging es nicht nur um Gebäude und Ensembles mit einem amtlichen Denkmalschutzausweis, sondern um stadtprägende Bausubstanz schlechthin. Und es ging manchmal auch um

die Stadtbildtauglichkeit von Neubauten, um die Beurteilung der architektonischen Verträglichkeit prägnanter neuer Architekturen innerhalb von Stadtbildern mit ausgeprägter Tradition.

Die Bannerträger falsch verstandener Modernität lieben den Begriff des Krachers; sie meinen damit zeitgenössische Formen, die sich sprengend in ein geschichtlich gewachsenes Kontinuum einsetzen, um den Anspruch der Gegenwart drastisch zur Geltung zu bringen. Auch hier ist der städtebauliche Denkmalschutz seinem Wesen nach zuständig, aber er steht mit all seinen Befugnissen und seiner Fachkompetenz auf verlorenem Posten, wenn ihm nicht die Einsicht, auch die

Ausbildung der politisch Verantwortlichen zu Hilfe kommt. Denn es ist nicht anders: Denkmalschützer sind Beamte, ihr Votum kann jederzeit von den Verfügungen ihrer politischen Vorgesetzten ausgehebelt werden. Dann geht es zu wie unterm Kurfürsten, aber mit dem gravierenden Unterschied, daß die Kurfürsten – jedenfalls war es so in Preußen und Sachsen – zumeist über ästhetische Schulung, einen ausgebildeten Geschmack verfügten, der ihnen kompetente Urteile erlaubte.

Solche Kracher kann man an prominenter Stelle finden, Architekturen, die durch eine blockhaft-massive Formensprache die historischen Gebäude neben ihnen dominieren wie eine Rockband, die es darauf anlegt, ein Divertimento zu übertönen. Nachbarschaftsunfähigkeit ist ein Indiz für die immanente Machtfixiertheit einer baulichen Haltung, die sich immer noch für modern hält, und sie ist städtebaulich verhängnisvoll: die alten Bauten, zuvor integrable Elemente, werden herabgestuft zu Zitaten ihrer selbst. Man kann es in Frankfurt an der Oder unter dem Namen eines Kleist-Museums bemerken.

Manchmal geht es gut; ich habe als Sachpreisrichter beim Wettbewerb für das Bundespräsidialamt auf dem Gelände des Schlosses Bellevue erlebt, wie ein international renommierter Architekt, dem es in einer alten süddeutschen Stadt vor Zeiten gelungen war, einen Kracher neben dem gotischen Dom zu plazieren, in der Jury einen Entwurf favorisierte, der an das klassizistische Schloß einen langgezogenen verglasten Anbau setzen wollte, einen Wurmfortsatz transparenter Akten-schieberei. Und ich erlebte, wie der Hausherr, zu einer Besichtigung der in die Endrunde gekommenen Entwürfe eingeladen, diesen Entwurf mit leichter Hand just in diesem Sinn, als wesentliche Erleichterung des Akten-transportes, lobend hervorhob, mit der Folge, daß die Bahn auf einmal frei war für einen Entwurf, der den Neubau als einen prägnant und originell geformten Baukörper in hinlänglicher Entfernung von dem Hauptgebäude plazierte. Er wurde zum Sieger gekürt und ist inzwischen längst gebaut, war aber in der ersten Runde des Wettbewerbs gescheitert und nur durch den Rückholantrag eines Schweizer Architekten wieder eingefädelt worden.

Mehr denn je braucht heute das Gute Fortune, um durchzudringen. Auch in dem wunderbar wiedererstandenen Neuruppin, der Stadt, in der die Bundesbauministerin Irmgard Schwaetzer auf Initiative des Architekturhistorikers Gottfried Kiesow vor fünfundzwanzig Jahren das große Förderprogramm startete, hatte das Gute Fortune; der von Jörg Springer entworfene Erweiterungsbau des Stadtmuseums ist vorbildlich und zierte mit Recht die Drucksachen des 24. Kongresses Städte-

baulicher Denkmalschutz, der dort Ende August zum Jubiläum stattfand.

Bei ins Stadtbild eingreifenden Bauvorhaben kommt es zuletzt immer auf das Niveau der politischen Amtsträger an, auf ihre Urteilsfähigkeit und ihre – hier fehlt ein Substantiv, das das Gegenteil von Beratungsresistenz bezeichnet, nennen wir es: Beratbarkeit. Manchmal geht es gut, so in Dresden, wo sich in den neunziger Jahren der gläserne Turm eines World Trade Centers in die damals noch gar nicht wiederhergestellte Silhouette einpflanzen wollte, die in der Nachkriegszeit vor den Anschlägen Walter Ulbrichts hatte bewahrt werden können; in Jena, Leipzig und Berlin war das bekanntlich nicht geglückt. Der Welthandelsturm wurde gebaut, aber stadtverträglich, nämlich viel niedriger, als er geplant war; das war auch der starken Stellung zu danken, die sich eine widerstandsfähige Denkmalpflege zu DDR-Zeiten bei der Bevölkerung erworben hatte. Es ging gut auch bei der Verhinderung eines Krachers, der im Umkreis der Dresdner Frauenkirche die Stelle jenes Gewandhauses einnehmen sollte, das 1760 dem Siebenjährigen Krieg zum Opfer gefallen war. Eine provokativ unbezügliche Mode-Architektur – ich scheue den Begriff des Modernen für solche Inventionen – sollte diesen exponierten Platz einnehmen, aber der bürger-schaftliche Protest gegen den von der Stadt protegierten Plan erwies sich nach langem Hinundher als wirksam.

Solche Siege sind immer stille Siege, denn die Verhinderung des Unzuträglichen ist ja als Leistung nicht sichtbar; sichtbar ist immer nur dessen Durchsetzung, also die Niederlage. Die deutsche Hauptstadt scheint dafür prädestiniert zu sein. Wir erleben gerade, wie ein Weltkonzern, der in Berlin große Fabriken unterhält, den Innenhof eines kleinen barocken Palais (es ist der einzige aus dem 18. Jahrhundert erhaltene Hof seiner Art), das ihm die Stadt vor zwanzig Jahren leichtfertig verkaufte, dadurch ruinieren will, daß er an der Rückseite eine vielgeschossig überragende Repräsentanz, also eine Lobby-Zentrale, errichtet. Man stelle sich vor, daß Siemens in München im Rücken seiner Zentrale, eines noblen viergeschossigen Palais von 1840, einen Bau aufführen wollte, der dieses Palais um viele Stockwerke überragt – die Münchner würden kopfstehen, und eine Stadtregierung, die dies genehmigte, wäre erledigt. In Berlin vereinen sich Amtsträger aller Richtungen, um dem geschätzten Weltkonzern diesen schwerwiegenden städtebaulichen Eingriff freizugeben. Ein SPD-Regierungschef stellte vor Jahren die Weichen, und ein CDU-Baustadtrat, unterstützt von der Senatsbaudirektorin, wischte den Einspruch aller Fachverbände und Fachbehörden mit einem Verb weg, das er eigens erfun-



Abb.2: Magnus-Haus Berlin. Ansicht vom Garten. Foto: Alfred Englert.

den hatte: er habe, erklärte er, die Bedenken «weggewogen».¹ Das ist die Sprache der Macht, es ist die Sprache des Vandalismus.

Wie DDR-Architekten in der Ulbricht-Ära das innerstädtische Gelände zwischen Spreearm und Bahnhof Alexanderplatz seiner urbanen Strukturen entledigten, um dort raumgreifend-monumentalistisch die städtebauliche Moderne zu etablieren, ist bekannt und kann besichtigt werden. Doch wie im westlichen Deutschland setzte auch hier in den späten siebziger Jahren eine Rückbesinnung ein; sie wurde manifest im strukturellen Wiedererstehen des alten Stadtviertels um die als säkulare Kulturstätte wiederaufgebaute Nikolaikirche. Das geschah im Blick auf die 750-Jahr-Feier der Stadt, und es blieb nicht bei diesem einen Kirchenbau; auch die vom Bombenkrieg schwer versehrte Friedrichswerdersche Kirche, das stilprägende Meisterwerk des späten Schinkel, wurde als Skulpturen-Museum der Staatlichen Museen mit einer Sorgfalt und Hingabe wiederaufgebaut, als wolle man Buße tun für den Abriss der Ruine der Bauakademie zwanzig Jahre zuvor. Die Wiederherstellung der Kirche ging so weit, daß man die 1843 abweichend von Schinkels Entwürfen errichteten gotisie-

renden Dachtürmchen durch die klassizistischen Formen ersetzte, die der Architekt vorgesehen hatte. «Im Einklang von Gebäude und Inhalt», schrieb Helmut Börsch-Supan unlängst, «erlebte der Besucher eine nicht wieder erlangte Höhe der Kultur in dieser Stadt.»²

Dieses Kleinod, das in den neunziger Jahren eine weitere Erneuerung in der Regie der Stiftung Preussischer Kulturbesitz erfuhr, ist inzwischen baulich degradiert und inwendig in einer Weise beschädigt, als hätten noch einmal Bomben ein Opfer gesucht. Die Täter waren hochbezahlte Architekten im Dienst eines Investors, dem die Landes- und Bezirksbehörden die Wege geebnet hatten; das geschah in zwei Etappen. Die erste Etappe fällt 2000 in die letzte Amtszeit eines um die Stadterneuerung der neunziger Jahre hochverdienten Senatsbaudirektors, der sich der Idee einer «kritischen Rekonstruktion» des alten Stadtgrundrisses verschrieben hatte; es ging ihm um Anhaltspunkte für die jahrzehntelang verletzte städtebauliche Verdichtung. Daß er dieses Prinzip, das nur zum Leitgedanken, nicht zum Dogma taugte, an dieser hochempfindlichen Stelle über den Anspruch des Bauwerks und die Intentionen seines Architekten, Schinkels also, stellte, war das Einfallstor

des Grauens; ein Verkauf begab sich, der dem Käufer ermöglichte, im Abstand von fünf Metern neben die Westseite der Kirche vier fünfgeschossige Neubauten zu setzen. Zwischen ihnen waren Lücken vorgesehen, doch es war absehbar, daß die westlichen Fenster des Schiffs, die in der Abendsonne für wundersame Lichtspiele gut waren, dauerhaft verschattet würden. Schinkels in seinem Tafelwerk veröffentlichter Entwurf zeigt, daß der Architekt den Bau einer Umgebung eingefügt hatte, die locker und niedrig genug war, um die Beeinträchtigung der Kirche hintanzuhalten.

Der Entwurf zu Händen des neuen Grundstücksbesitzers wurde nicht gebaut – warum nicht? Ich denke mir, weil der Käufer mit Recht keine Genehmigung für die Tiefgarage bekam, die er brauchte, um Luxuswohnungen zu Preisen abzusetzen, die ihm die gewünschte Rendite sicherten (zur Zeit werden die Wohnungen zu Quadratmeterpreisen von 15.771 Euro verkauft). Elf Jahre gingen ins Land, in denen das privatisierte Grundstück von Hand zu Hand ging; schließlich fand sich ein Investor, der den Behörden die Genehmigung zweier Garagengeschosse abgewann, die sich 15 m tief ins Erdreich bohren sollten.

Das war rechtlich absurd, § 12 (1) der Berliner Bauordnung verfügt: «Die Standsicherheit anderer baulicher Anlagen und die Tragfähigkeit des Baugrundes der Nachbargrundstücke dürfen nicht gefährdet werden.» Diese Standsicherheit sei zu keiner Zeit gefährdet gewesen, erklärt der Bauherr, was als zynischer Witz anmutet angesichts der Tatsache, daß die Skulpturen der Schinkel-Zeit, die hier aufgestellt waren, 2012 vor den herabfallenden Bauteilen in Sicherheit gebracht werden mußten. «Die linke Kirchenhälfte neigte sich in die Baugrube», beschrieb Stefan Frielinghaus, Pfarrer der Kirchgemeinde, der der Bau gehört, den eingetretenen Zustand, «das Innere bietet ein Bild der Verwüstung.» Der Boden der Kirche war geborsten, an Pfeilern und Gewölben zeigten sich zentimetergroße Risse; nur ein den ganzen Innenraum füllendes Gerüst konnte den Einsturz des Ganzen verhindern.

Jeder, der die Berliner Bauverhältnisse aus alten und neuesten Erfahrungen kennt, weiß, wie labil der Baugrund in Spreenähe und auf dem Gelände der Festungsbastion des 17. Jahrhunderts ist; jeder Kenner der Berliner Baugeschichte weiß auch, wie beschädigt dieser Ziegelbau aus dem Bombenkrieg hervorgegangen war. Hier im Fünf-Meter-Abstand von der fragilen Backsteinkirche 15 m tiefe Garagengeschosse zu genehmigen, war ein unfaßbarer Grad von Verantwortungslosigkeit, und sie zu beantragen war es auch. Der Bauherr, die Architekten und die Behörden – sie alle vereint im Schulterbruch der Skrupellosigkeit, und die

staatlich legitimierte Barbarei setzt sich fort in einem entsprechenden Luxuswohnbau auf der östlichen Seite der Kirche, in größerem Abstand, aber mit gutachterlich prognostizierter Bedrohung der Kirche, deren Nutzung als Museum inzwischen so gut wie ausgeschlossen ist. Die der Kirche durch den ersten Bau zugefügten Schäden werden nach einer Zementeinpumpung in die Fundamente inzwischen restauriert, um sie gegenüber den Gerichten unterscheiden zu können von denen, die ihr von dem künftigen Bau drohen, denn die Baubehörde behauptet allen Ernstes, Schäden, die nur drohen, aber noch nicht eingetreten sind, seien rechtlich nicht hinreichend, den Weiterbau zu untersagen.

Im historischen Zentrum einer Stadt, die sich mit dem Titel der deutschen Hauptstadt schmückt, befinden wir uns in einem baukulturellen Irrenhaus, in dem zwischen Korruption und Schlamperei gar nicht mehr zu unterscheiden ist, zumal die Verantwortlichen, die niemand zur Rechenschaft zieht, in einem Kartell des Schweigens vereint sind. Manfred Butzmann, der eminente graphische Porträtist des Nachkriegs-Berlins, hat den Vorgang in der *Berliner Zeitung* vom 1. März 2016 ins Allgemeine gesetzt. «Bei Aussicht auf hohen Profit», sagte er dem Interviewer, «scheut das Kapital kein Verbrechen, (selbst auf die Gefahr des Galgens), steht bei Marx zu lesen.» Es tut dies erst recht nicht, wenn Straflosigkeit allen Beteiligten von vornherein sicher ist.

Soll ich noch von der Staatsoper sprechen, dem Meisterwerk Knobelsdorffs, an dem ein aus dem Schanghaier Exil nach Berlin zurückgekehrter Architekt ein Wunderwerk schöpferischen Wiederaufbaus vollbrachte, Mängel vermeidend, die zu dieser Zeit den Wiederaufbau der Wiener Staatsoper und des Burgtheaters kennzeichneten? Richard Paulick war es gelungen, eine strukturelle und funktionale Modernisierung mit dem Erhalt der ursprünglichen Saalproportionen und dem Dekor des friderizianischen Rokoko zu verbinden. Er verminderte die Zahl der Ränge auf drei, entlastete den Hauptbau durch Verlagerung von Garderoben und Restaurant unter die Erde und setzte das Bühnenhaus durch technische Neuerungen um fünf Meter niedriger; ein horizontaler Balustradenabschluß glich es dem Knobelsdorff-Bau stilistisch an.

Was hier 1955 als ein Hauptbau der Epoche entstand und in den achtziger Jahren einer durchgreifenden Erneuerung unterzogen wurde, stand auch in der neuen Ära zur Gänze unter Denkmalschutz. Die Gründe dafür hat Prof. Haspel, der leitende Berliner Denkmalschützer, 2008 mit seinem Kollegen Frank Schmitz in einer umfassenden Publikation dargelegt,³ die ihren Teil dazu beigetragen haben mag, daß der von einem Jury-Beschluß unterstützte Angriff auf dieses bauliche

Gesamtkunstwerk abgewehrt werden konnte. Das Preisgericht des Wettbewerbs hatte dem Knobelsdorff-Paulick-Bau ausschreibungswidrig einen neuen, kino-ähnlichen Zuschauerraum implantieren wollen, der das Ganze ästhetisch zerstört hätte.

So weit, so gut; die Kulturwelt konnte aufatmen. Aber der Einfluß des Generalmusikdirektors, dem eine Akustik nicht genügte, der Dirigenten wie Richard Strauss und Erich Kleiber in langen Dienstjahren gewachsen gewesen waren, war groß genug, dem glücklich geretteten Zuschauerraum eine vier Meter hohe Schallhaube aufzusetzen, die in die Dachzone des alten Baus einbrach,⁴ und wenn man jetzt auf das Haus blickt, merkt man: die Dachschrägen über Zuschauer- und Bühnenhaus sind verändert; hinter den Balustraden höher und steiler aufragend, beeinträchtigen sie den Gesamteindruck. Eine Konfusion ohne Ende begleitete die Bauausführung auch in der Tiefe, wo man einen völlig überflüssigen Verbindungstunnel an einer Stelle ins Erdreich graben wollte, wo dreihundertfünfzig Jahre zuvor die Festungsbastionen der Residenz aufgeführt worden waren. Die Überraschung war riesengroß, als man dort nicht etwa bei einer Voruntersuchung, sondern *beim Bauen* auf Baumpfähle von 17 m Länge stieß, deren Beseitigung viel Zeit und viele Millionen kostete. Daß ortsfremde Architekten stadtprägende Großvorhaben in die Hand nehmen und ortskundige Baupolitiker sie genehmigen, kommt auch andernorts vor. Daß sie, nach Berlin berufen, nicht auf den Gedanken kommen, sich ortskundig zu machen, indem sie sich mit der Geschichte der Stadt, ihrer Baugründe und ihrer erhaltenen Bauwerke befassen, scheint eine Spezialität der Hauptstadt zu sein.

Drei Fälle, die zeigen, wohin es führt, wenn der städtebauliche Denkmalschutz – der der Ensembles und der der Bauwerke – von irgeleiteter politischer Übermacht außer Kraft gesetzt wird. Sie zeugen von der Schwierigkeit und der Bedeutung einer Arbeit, zu deren Durchsetzung es immer wieder nötig sein wird, Öffentlichkeit zu mobilisieren und sich der Unterstützung der Bürgerschaft zu versichern. Viel besser ist es natürlich, wenn alle Beteiligte – Fachleute, Eigentümer, kommunale und Landesinstanzen, die Öffentlichkeit – von vornherein an einem Strang ziehen. Eine solche Kooperation zu organisieren ist das Geheimnis vieler Erfolge; die Dokumentationen des Förderprogramms, das von seiten des Bundes in 25 Jahren mit über sechs Milliarden Euro unterstützt wurde, zeigen es an vielen Beispielen. Aber es gibt auch die Kehr-, die Schattenseite. Der Barbarei zu wehren, die hinter dem Größenwahn von Kapitaleignern und der Widerstandslosigkeit mancher Politiker lauert, braucht es Mut und Heiterkeit, Geduld und eine nicht

nachlassende Nervenstärke. Was Schiller an einer Zeitenwende den Künstlern zurief, gilt in spezifischem Sinn den städtebaulichen Denkmalschützern und ihren Förderern, man kann es mit einer kleinen Wortveränderung auf sie zuschneiden: «Der Städte Würde ist in eure Hand gegeben, / Bewahret sie! / Sie sinkt mit euch, mit euch wird sie sich heben!»

Endnoten

- 1 Vgl. dazu: Der Tagesspiegel, 21.4.2016 und 3.8.2015 (Beiträge von Klaus Lederer und Fatina Keilani).
- 2 Helmut Börsch-Supan: Schinkel in der Zange / Die Friedrichswerdersche Kirche in Bedrängnis, in: Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Berlins, Januar 2016, S. 3.
- 3 Jörg Haspel und Frank Schmitz: Die Staatsoper / Denkmalwerte und Denkmalpflege, in: Sanieren oder demolieren? Berlins Opernalternative, hg. von Friedrich Dieckmann, Thomas Flierl, Harald Müller, Sonderausgabe *Theater der Zeit*, Juli 2008, S. 14-19.
- 4 Vgl. Friedrich Dieckmann: Hall unter der Haube / Das neue Sanierungskonzept der Berliner Staatsoper, in: *Theater der Zeit*, Februar 2010, S. 30-32. Vgl. auch Thomas Flierl: Die Kunst der Fuge / Die Kosten für die Sanierung der Berliner Staatsoper Unter den Linden explodieren, in: *Theater der Zeit*, September 2016, S. 56-58.

Autor

Friedrich Dieckmann (geb. 1937). Lebt als Schriftsteller und Publizist in Berlin-Treptow. 1972-1976 Dramaturg am Berliner Ensemble. 1989/90 Fellow am Wissenschaftskolleg zu Berlin. Dr. phil. h. c. der Humboldt-Universität zu Berlin. Mitglied der Sächsischen Akademie der Künste, der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung und der Akademie der Künste (Berlin). Zuletzt erschienen: «Vom Schloss der Könige zum Forum der Republik. Zum Problem der architektonischen Wiederaufführung» (Edition Gegenstand und Raum, 2015) und «Luther im Spiegel: Von Lessing bis Thomas Mann» (2016).

Titel

Friedrich Dieckmann, Denkmalschutz und Stadtpolitik. Anmerkungen zum 25. Jahrestag des Förderprogramms Städtebaulicher Denkmalschutz, in: *kunsttexte.de*, Nr. 4, 2016 (5 Seiten). www.kunsttexte.de.